

Wenn Politiker vom deutschen Steuerzahler sprechen, dann sprechen sie fast jeden an. Das hat einen einfachen Grund: Die große Mehrheit der Wähler zahlt hierzulande Steuern. Es vergeht daher auch kein Tag, an dem nicht deutsche Politiker davor warnen, die Griechenland-Hilfe gehe zu Lasten des deutschen Steuerzahlers.

In Griechenland ist es umgekehrt: Dort entsteht der bisher nichtexistierende griechische Steuerzahler gerade erst als politisches Subjekt. Natürlich möchte kein Grieche zu dieser „benachteiligten“ Gruppe gehören. Arm und Reich sind sich dort einig, dass Steuern eine zu vermeidende Strafe sind.

Nun wird Deutschland einen wesentlichen Teil der griechischen Schulden im Rahmen des EU-Rettungsschirmes bezahlen müssen – das heißt: nicht Deutschland, sondern der deutsche Steuerzahler. Von September 2010 bis Juni 2011 hat Deutschland seine eigenen Staatsschulden um 300 Milliarden Euro erhöht – so viel wie Griechenland in 30 Jahren Steuerfreiheit fremdfinanzierte.

Dennoch glauben deutsche Politiker und Volkswirte zu wissen, wie man Schulden abbaut, durch Sparen nämlich. Die Deutschen sind bekanntlich Meister in dieser Disziplin. Die Neuverschuldung wird 2011 möglicherweise „nur“ 30 Milliarden Euro betragen, ju-

dem finanzierte Finanzforschungs-Beamte: „In den letzten Tagen habe ich selbst einen namhaften Betrag in griechische Anleihen gesteckt. Sie laufen noch ein Jahr und bringen im Erfolgsfall 25 Prozent Rendite. Damit schlafe ich wunderbar, weil ich an die grenzenlose Dummheit der Bundesregierung glaube. Sie wird zahlen.“

Inmitten dieser Plünderung der Staatskassen kommt auch ein weiterer Finanzbeamter, Paul Kirchhof, auf die geniale Idee, mit einem Einheitssteuersatz von 25 Prozent das Steuerrecht zu vereinfachen. Für Beamte, die ja keine weiteren 20 Prozent Sozialabgaben abführen, wäre das etwa 50 Prozent mehr ihres Netto, das sie dann – wiederum steuerfrei – in wertstabilen Immobilien anlegen und steuerfrei vererben oder weiterveräußern können.

In Deutschland gibt es keinen Aufstand gegen Finanzprofessoren. Im Gegenteil: Sie werden oft als Wirtschaftsweise präsentiert, auf die die Regierung gefälligst hören soll. Das Schlimme: Sowohl in Griechenland als auch in Deutschland hören die Regierungen auf sie. Im Namen eines imaginären Steuerzahlers, dessen Neukreditaufnahme nicht – wie von den Regierungen behauptet – für das Gemeinwohl verwendet wird, sondern für die Beibehaltung der Steuerprivilegien derer, die allein in Deutschland von Ende 2009 bis Juni

Forum

Professoren sind nicht immer weise

Wie und warum deutsche gegen griechische Steuerzahler ausgespielt werden

Von Alexander Dill

belt Finanzminister Wolfgang Schäuble. Gespart wurde nie ein Euro.

Wer aber bezahlt am Ende wirklich? In Deutschland und in Griechenland werden Vermögen und Vermögenszuwächse überhaupt nicht besteuert. Der Vermögenszuwachs Griechenlands beträgt von 2000 bis 2010 genau 72,25 Prozent, in Deutschland liegt er in derselben Zeit bei 83,31 Prozent. Regierungsparteien halten diese Art von Besteuerung für „wachstumsschädlich“. Daher haben in Deutschland angestellte Kleinverdiener eine international einmalige Steuer- und Abgabenquote von 52 Prozent.

In Griechenland werden sie künftig auch die Hälfte ihres Einkommens abgeben dürfen. Aber für welche Leistungen? Die jüngst veröffentlichten Sparmaßnah-

men bestehen ausschließlich im Abbau der öffentlichen Leistungen. Dazu gehören die kostenlose Gesundheitsversorgung, die Bildung und der soziale Wohnungsbau. Doch gerade die Niedrigverdiener sind auf die öffentlichen Leistungen angewiesen.

Griechenland wird über die Hälfte seiner Steuereinnahmen für Zins und Tilgung der Staatsschulden an die Hauptgläubiger, insbesondere die EU selbst abführen. Der Hannoveraner Finanzprofessor Stefan Homburg überraschte kürzlich in einem Interview mit dem Geständnis, er habe sich griechische Staatsanleihen mit einer Renditeerwartung von 25 Prozent pro Jahr gekauft.

Woher hat er dieses Vertrauen? Nun, so bekennt der von deutschen Steuergel-

2011 einen Gesamtvermögenszuwachs von 1 Billion Euro verbuchen konnten. Im März 2009 befand sich der Deutsche Aktienindex Dax auf dem Tiefststand. Wer damals in die Standardpapiere investierte, kann sich heute über den doppelten Wert seine Aktiendepots freuen.

Professor Homburg hat übrigens für die Staatsschulden eine kluge Lösung bereit: „Daher überlässt man den Offenbarungseid späteren Bundesregierungen und wirft einstweilen gutes Geld schlechtem hinterher. Irgendwann, das ist sicher, wird das System durch politische und ökonomische Faktoren gesprengt.“ Diese fatalistische Sichtweise ist unter deutschen Ökonomen nicht nur verbreitet, sondern die Regel. Hartnäckig wird behauptet, durch Wirtschaftswachstum würden Schulden getilgt. Tatsächlich verringert sich die Verschuldung nach

dem Maastricht-Kriterium in dem Maße, in dem das Bruttoinlandsprodukt steigt.

Wie realistisch aber ist das Maastricht-Kriterium selbst? Schließlich wird dort eine Fließgröße (das Bruttoinlandsprodukt) mit einer Fixgröße (den Schulden) in Beziehung gesetzt. In jeder Bilanz aber muss man den Schulden die Forderungen und Werte gegenüberstellen, nicht den Umsatz.

Wenn ein Staat durch eine kreditfinanzierte Wirtschaftspolitik seinen Bürgern erlaubt, ein durchschnittliches Nettovermögen von 100 000 Euro pro Kopf aufzubauen (nach Abzug von Hypotheken und Privatkrediten), dann muss erwartet werden können, dass sich die Bürger selbst an der Tilgung beteiligen. Das bereits versteuerte Privatvermögen wäre dann eine Aktie, die im Falle der Tilgung der deutschen Staatsschulden 20 Prozent an Wert verloren hat. Wäre das so schlimm?

Selbst wenn Stefan Homburg und seine Zunftkollegen mit ihrem zynischen Crash-Fatalismus recht haben, sind die 1500 Euro, die meine Frau und ich zur Tilgung der Staatsschulden auf das Sonderkonto zur Tilgung der Staatsschulden überwiesen haben, nicht völlig verloren. Professor Homburg könnte davon ja noch ein paar griechische Staatsanleihen mehr kaufen. Deren Zinsen zahlen dann die künftig steuerpflichtigen, griechischen Kleinverdiener.



Alexander Dill ist Vorstand des im Jahr 2009 nach der Finanzkrise gegründeten *Basel Institute of Commons and Economics*. Foto: Bertelsmann